

# **Altersvorsorge für Frauen und Familien – Zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe**

Text: Rosemarie Daumüller, Geschäftsführerin des Landesfamilienrats Baden-Württemberg

„Die Rente ist sicher“ – diese Aussage eines ehemaligen Bundesarbeitsministers ist Legende und wird meist mit einem wissenden Schmunzeln zitiert. Denn zur Legende im Wortsinn eines Märchens gerät für die Angehörigen der jüngeren Generation – beginnend mit den „Babyboomern“ – auch die Aussicht auf ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Die demografische Entwicklung und die Entwicklung am Arbeitsmarkt führen zu längerer Lebensarbeitszeit, geringerer Rentenerwartung und der Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge. Eine Zunahme der Altersarmut gehört zu den erwarteten Zukunftsszenarien.

Seit der Rentenreform im Jahr 2001 ist die umlagefinanzierte gesetzliche Rente nicht mehr darauf ausgerichtet, den Lebensstandard der Versicherten auch im Alter zu erhalten. Vorherrschendes Leistungsziel der Rentenpolitik ist die Beitragsstabilität – der Rentenbeitrag soll nicht über 20 % und nach 2030 nicht über 22 % ansteigen. Dieser Paradigmenwechsel hat eine erhebliche Absenkung des Rentenniveaus zur Folge. Um eine Rente auch nur auf Grundsicherungsniveau zu erhalten, müssen durchschnittlich Verdienende schon heute 26 Beitragsjahre nachweisen, künftig werden es sogar 35 sein. Das Ziel einer den Lebensstandard erhaltenden oder wenigstens auskömmlichen Rente kann daher nur unter Einbeziehung einer betrieblichen und privaten Altersvorsorge erreicht werden.

Der „Trend zur Eigenverantwortung“ trifft auf eine Zunahme unsteter Erwerbsbiografien, einen wachsenden Niedriglohnsektor, hohe Arbeitslosigkeit oder gering bewertete Kindererziehungszeiten, um nur einige Schlagworte zu nennen. Beschäftigte mit geringem Einkommen oder Arbeitslose können nicht vorsorgen. Auch für Frauen, insbesondere für Mütter und für Familien, stellt sich die Frage nach finanzieller Sicherheit im Alter in zugespitzter Form. Rentenpolitik ist daher eine besondere und wichtige Ausprägung von Frauen- und Familienpolitik. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hat dazu, gemeinsam mit dem Landesfrauenrat, im November 2011 Expertinnen und Experten nach Stuttgart eingeladen und die Fragen der Alterssicherung von Familien und Frauen mit einem Fachpublikum diskutiert.

## **Die soziale Sicherung im Alter ist ein wichtiges Thema der Familienpolitik**

Die Erziehung von Kindern ist ein elementarer Beitrag für den Bestand eines generationenübergreifenden, solidarischen Alterssicherungssystems. Sie muss daher als integraler Bestandteil eine angemessene Berücksichtigung finden. Darauf gegründete Leistungen wie Kindererziehungszeiten gehören unmittelbar in das Sicherungssystem und sollten nicht als „versicherungsfremd“ bewertet und entsprechend ausgelagert werden.

Das geltende System der gesetzlichen Rentenversicherung ist für den Erhalt seiner Leistungsfähigkeit nicht nur auf ein entsprechendes Beitragsaufkommen, sondern auch auf das Nach- und Aufwachsen zukünftiger Generationen angewiesen. Das heißt: Nur wenn Kinder geboren und erzogen werden, kann ein umlagefinanziertes System funktionieren. Es widerspricht deshalb prinzipiellen Gerechtigkeitsanforderungen, wenn das Armutsrisiko im Alter weitgehend sozialisiert ist, während die „bestandserhaltenden“ Leistungen und Kosten für Kinder größtenteils privatisiert bleiben.

Vor allem Frauen sind dabei betroffen. Denn Erziehen von Kindern, die schließlich später mit ihren Beiträgen zur Sicherung der älteren Generation beitragen, führt dazu, dass gerade sie im Alter tendenziell schlechter dastehen. Es sind hauptsächlich die Mütter, die wegen Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen eine „löchrige Erwerbsbiografie“ vor-

weisen und damit einen niedrigeren Rentenanspruch haben. Zwar hat das Ernährer- oder Alleinverdienermodell bei den Familien weitgehend ausgedient und ist für die meisten Mütter in der Regel nur eine zeitweilige Option für die Dauer der dreijährigen Elternzeit. Eine Ausnahme bilden allerdings Familien mit drei und mehr Kindern, für die eine Rückkehr ins Erwerbsleben beider Eltern schwer zu organisieren ist, von denen es aber auch immer weniger gibt. Das von Paaren am häufigsten gewählte Modell ist das eines vollzeitbeschäftigten Vaters und einer teilzeitbeschäftigten Mutter, wenn die Kinder „aus dem Größten“ heraus sind. Dieses Modell ist – ökonomisch betrachtet – ganz erfolgreich, jedenfalls solange die Ehepartner zusammenbleiben. Trennt sich das Paar, haben vor allem die Frauen ein Problem. Ihre eigenständige Alterssicherung ist dann entsprechend mager, der Anschluss an den Beruf vielleicht verpasst. Die durchschnittlichen Renten von Frauen machen deutlich, worum es geht: Sie betragen nur rund die Hälfte der Männerrenten. Auch wenn sich die Rentenhöhen von Frauen und Männern seit einigen Jahren aufeinander zu bewegen, was durch die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit und Einbußen durch den Versorgungsausgleich bei den Männern nach einer Scheidung zu erklären ist, so werden die Unterschiede doch weiterhin erheblich bleiben.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

Damit Frauen die Möglichkeiten einer eigenständigen Sicherung im Alter erhalten, müssen die Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden. Ein ausreichendes Angebot der Kinderbetreuung ist dabei zwar eine zentrale, aber nicht die einzige Voraussetzung.

Aus Sicht des Landesfamilienrates werden dazu ganze Maßnahmenbündel benötigt:

- ▶ Die flexible Arbeitszeitgestaltung durch Arbeitgeber im Rahmen einer familienbewussten Personalpolitik.
- ▶ Ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot an hochwertiger und flexibler Kinderbetreuung durch Krippen, Kindergärten, Tagesmütter und Ganztagschulen.
- ▶ Bezahlbare und verfügbare haushaltsunterstützende Dienstleistungen.
- ▶ Die Förderung von Nachbarschaftsnetzwerken.
- ▶ Eine finanzielle Abfederung von Zeiten mit besonders intensiver Familienverpflichtung (etwa Kleinkinder und Pflegephasen), bei denen eine Vollzeittätigkeit nicht möglich ist oder nicht zugemutet werden kann.

Hier wird sichtbar, dass für eine Verbesserung der Situation von erwerbstätigen Müttern oder Vätern eine Vielzahl von Akteuren die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen müssen. Dabei kommt auch der Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Unternehmen ebenso wie Verwaltungen sind als Arbeitgeber wichtige zivilgesellschaftliche Akteure. In dieser Eigenschaft sind sie mit zuständig für das Gelingen der Vereinbarkeit von Erwerbsleben und familiärer Sorgetätigkeit.

Mütter und Väter brauchen nicht nur Arbeitsplätze und gut betreute Kinder während ihrer Abwesenheit, sie brauchen auch Zeit für das Leben miteinander. Das heißt Zeit für Hausarbeit, Fürsorge, Pflege, Schulbegleitung, Förderung, Gespräche, Spielen und letztlich auch etwas Zeit für sich selbst. Mütter und Väter und pflegende Angehörige sollten nicht permanent bis ans Ende ihrer Kräfte gehen müssen, um im Alltag zu überleben. Denn diese Überforderung macht auf Dauer krank. Sie brauchen daher auch zeitliche Entlastung durch flexible Arbeitszeitgestaltung, besonders in Zeiten intensiver Familienverpflichtung, bezahlbare haushaltsunterstützende Dienstleistungen sowie ein tragfähiges soziales Netz. Letztlich wird es darum gehen, zwei Welten zueinander zu bringen, die sich bisher eher entgegenstehen. Ein wichtiger Ansatz muss es sein, die beiden Systeme „Familie“ und „Arbeitswelt“ nicht als Widerparts zu betrachten, sondern miteinander zu versöhnen.

Familie ist in Deutschland Privatsache. Es darf aber nicht Privatsache bleiben, wie die Familien den von ihnen geforderten „Spagat“ schaffen. Hier müssen Politik und Wirtschaft noch stärker ineinandergreifen, um lebbare Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aber auch andere

„Player“ tragen dazu bei, den Familienalltag zu erleichtern oder zu erschweren. Dazu gehören die Sprech- und Öffnungszeiten von Behörden, Schulen oder Kindergärten. In Sachen Zeitsynchronisation sind daher vor allem die Kommunen gefragt. Auf die Notwendigkeit einer wirksamen Familienzeitpolitik „als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik“ verweist auch der Achte Familienbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2011), der für eine zukunftsfähige Familienpolitik den Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur nachhaltig unterstreicht.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg sieht eine große gesellschaftliche Herausforderung darin, wie das Verhältnis zwischen notwendiger und gewünschter Erwerbsarbeit, Zeit für die Familie und Zeit für sich selbst gestaltet werden kann, damit Kinder in Sicherheit und Geborgenheit heranwachsen und Erwachsene ohne dauerhafte Überlastung den Lebensunterhalt ihrer Familie verdienen können. Dazu ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs nötig. Nicht zuletzt braucht es noch viele Schritte von unterschiedlichsten Akteuren auf allen Ebenen, von der Politik und der Gesetzgebung über die Kommunen bis hin zu den Unternehmen und Sozialpartnern, um die Gleichzeitigkeit von Familie und Erwerbsarbeit lebbar und lebenswert zu machen.

### **Kultur der Fürsorge schaffen**

Wir werden nicht alle Fürsorge- und Pflegeleistungen von der Familie auf professionelle Kräfte auslagern können und wollen. Die Entwicklung einer Gesellschaft, die keinen Raum mehr lässt für Erziehung und Pflege, Beziehung, Erziehung und Förderung in der Familie, ist keine schöne Vorstellung. Es sähe finster aus für eine „Kultur der Fürsorge“, die es aus Sicht des Landesfamilienrates in einer humanen Gesellschaft zu erhalten und zu entwickeln gilt. Diese Fragen werden zunehmend brisant im Hinblick auf die demografische Entwicklung. Noch ist beispielsweise die Familie der Pflegedienst der Nation. Über zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zuhause durch ihre Angehörigen betreut. Eine Rückkehr zu alten Rollen- und Geschlechtermodellen überzeugt aber aus vielerlei Gründen nicht. Die Frage der Zukunft ist, wie sich Frauen und Männer gleichberechtigt familiäre Fürsorge und Erwerbsarbeit teilen können. Der männlich geprägte Erwerbsverlauf einer 40-Stunden-Woche über 45 Jahre kann dabei nicht das Zukunftsmodell für beide Geschlechter sein. Dagegen könnte eine wöchentliche Arbeitszeit zwischen 25 und 35 Stunden für beide Geschlechter ein gangbarer Weg sein. Mit der Elterzeit gehen viele Männer bereits vorsichtige Schritte; inzwischen bleibt jeder vierte Vater für sein Baby in der Elternzeit zuhause, die wenigsten davon allerdings mehr als zwei Monate. Das Engagement der Väter ist also noch ausbaufähig.

Eine fürsorgliche Gesellschaft darf dabei nicht zu Lasten derer gehen, die Erziehung und Pflege in der Familie übernehmen, denn im Gegensatz zu Menschen ohne Familienverantwortung stehen sie dem Arbeitsmarkt nicht uneingeschränkt zu Verfügung. Ihre Leistungen müssen auch im Rentenrecht entsprechend bewertet werden. Der Landesfamilienrat fordert daher eine familien- und generationengerechte Alterssicherung, die die Leistungen der Eltern angemessen berücksichtigt. Benachteiligungen durch Kindererziehung und Pflege müssen in der Alterssicherung weiter abgebaut werden.

### **Anforderungen an eine Rentenreform aus Familiensicht**

Der Landesfamilienrat fordert ein entschiedenes politisches Gegensteuern im Hinblick auf eine drohende Altersarmut, aber auch zur Herstellung von Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.

Zu den wichtigsten Forderungen gehören in diesem Zusammenhang:

► Die bessere Bewertung der Erziehungs- und Pflegezeiten; letztere betragen derzeit nur 0,3 bis 0,8 Entgeltpunkte, sie sind den Erziehungszeiten anzugleichen, die mit einem Prozentpunkt bewertet werden; die Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind zu verbessern.

- ▶ Eine Ergänzung der gesetzlichen Rente für Erziehende, beispielsweise durch einen kapitalgedeckten Generationenfonds, aus dem die Leistungen für Kinderbetreuung und Pflege genommen werden können; dieser ist durch allgemeine Steuerbeiträge zu finanzieren, denn Kinder sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
- ▶ Die Einführung einer verlässlichen Sockel- oder Grundrente für alle Bürger, die oberhalb des Existenzminimums angesiedelt sein muss.
- ▶ Die gesetzliche Rentenversicherung muss gestärkt und zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden, in die auch Beamte und Selbstständige einzubeziehen sind.

Auch das „Vor- und Umfeld“ muss sich ändern. Eine auskömmliche Rente kann nur erwarten, wer entsprechende Beiträge über einen möglichst langen Zeitraum einzahlen konnte. Den Lebensstandard erhalten kann nur, wer zusätzlich vorsorgen kann.

Daraus ergeben sich Anforderungen an die Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik:

- ▶ Wir brauchen Mindestlöhne in einer Höhe, die existenzsichernd sind und auch tatsächlich vor Altersarmut schützen. Darüber hinaus ist ein arbeitsmarktpolitisches Konzept zur Bekämpfung von Niedriglöhnen zu fordern. Dazu gehört auch die Abschaffung der Entgeltdiskriminierung von Frauen. Noch immer verdienen Frauen in Deutschland bei gleichen Tätigkeiten 23 % weniger als Männer. Der fünfte „Equal Pay Day“ am 23. März 2012 macht deutlich, dass eine Frau bis zu diesem Datum „umsonst“ gearbeitet hat.
- ▶ Wir brauchen eine bessere Qualifizierung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Schichten. Hierzu braucht es stimmige Bildungskonzepte verschiedener Akteure auf der örtlichen Ebene, mit denen auch die Eltern erreicht werden. Derzeit gelingt es in Deutschland rund einem Siebtel der Jugendlichen nicht, einen Berufsabschluss zu machen. Die Gefahr von Arbeitslosigkeit, schlechter Bezahlung und niedriger Altersrente liegt auf der Hand.
- ▶ Der Erhalt der Gesundheit ist ein wichtiges Gut und dient nicht nur der Lebensqualität, sondern auch der Beschäftigungsfähigkeit. Prävention und Rehabilitation erhalten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine noch größere Bedeutung. Dazu sind unter anderem neue Kooperationsformen verschiedener Akteure – vom Gesundheitsbereich und den Sozialversicherungsträgern über die Unternehmen bis hin zu den Kommunen – notwendig.
- ▶ Mit der Notwendigkeit zur privaten Altersvorsorge sind viele Menschen allein gelassen und verunsichert. Dazu tragen auch die aktuellen Befunde zur mangelnden Effektivität der Riester-Rente bei. Umso wichtiger ist eine umfassende und unabhängige Beratung zur Altersvorsorge, wie sie beispielhaft die Rentenversicherung in Baden-Württemberg anbietet.

..... (Kasten mit Raster) .....

Auf einen Blick:

## **Landesfamilienrat Baden-Württemberg**

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg stellt einen Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen dar, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger. Dabei ist es das vorrangige Ziel, die Lebensqualität und damit die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern. Dazu sollen die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit für die Anliegen von Familien sensibilisiert und alle Maßnahmen der Politik und Wirtschaft auf ihre Familien- und Kinderverträglichkeit hin überprüft werden.

**Weitere Informationen dazu gibt es im Internet unter:**

[www.landesfamilienrat.de](http://www.landesfamilienrat.de)